



FÜR EIN GERECHTES TIROL

Tiroler Landtagswahl 2008:
Programm und Ziele für eine
offene und gerechte Gesellschaft

Liebe Tirolerinnen, Liebe Tiroler, Liebe Bürger



„Tirol muss politisch
erneuert werden.“

Fritz Dinkhauser

Vieles ist in den fünf Jahren seit der letzten Landtagswahl in Tirol geschehen, vieles, das heute das Missfallen der Bevölkerung erregt, die immer mehr von den herrschenden politischen Verhältnissen enttäuscht ist. Seilschaften und Lobbys regieren mittlerweile das Land, ausgewählte Personen und Gruppen werden begünstigt, während der Einzelne immer weniger Aussicht auf Hilfe und Unterstützung und die Chance auf eine hoffnungsvolle Zukunft hat. Denn das Leben ist für viele oft nicht mehr finanzierbar geworden, die höchsten Lebenshaltungs- und Wohnkosten in Österreich kennzeichnen die Verhältnisse in Tirol, während das Einkommen ständig sinkt. Gerechtigkeit ist für viele inzwischen zu einem Fremdwort geworden.

SEILSCHAFTEN BEENDEN.

Diese Gerechtigkeit muss wieder hergestellt und die Ungleichbehandlung, die den Mächtigen bevorzugt, aufhören. Anstand und Geradlinigkeit sollen wieder die Politik des Landes prägen und vor diesem Hintergrund soll eine offene und freie Gesellschaft entstehen, in der nicht Lobbys regieren, sondern in der jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin des Landes angehalten ist, sich zum Wohle Tirols einzubringen. Wir brauchen keine Diktatur von oben, sondern eine Demokratie, die von der Basis ausgeht. Hier fehlt es lediglich am politischen Willen, dessen Mangel in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass die Einkommen immer geringer werden, Leben und Wohnen kaum finanzierbar sind und gerade der „kleine Bürger“ ums Überleben kämpfen muss.

GERECHT VERTEILEN.

Und das in einem Land wie Tirol, das nicht nur ein schönes, sondern auch ein reiches Land ist – ein Land, in dem die Mittel allerdings ungerecht verteilt sind. Die reichlich vorhandenen öffentlichen Mittel fließen jedoch in die falschen Töpfe und sind weder effizient noch gerecht verteilt. Deshalb müssen die vorhandenen Gelder durch eine Analyse des Landesbudgets und der Landesfonds sofort erhoben, freigesetzt und umgeschichtet werden. Eine Neuverteilung der Zuwendungen ist vorzunehmen, die gesamte Förderungspolitik zu hinterfragen und nach den tatsächlichen Prioritäten der Menschen und des Landes neu zu bewerten. Investitionen in das Wirtschafts- und Bildungssystem stehen dabei im Vordergrund, ebenso wie im Bereich der Innovation und des öffentlichen Lebens. Der Einzelne muss wieder gefördert und gehört werden und eine Entlastung bei den Lebenshaltungskosten spüren.

Die kreative Kraft aller Tirolerinnen und Tiroler muss wieder stärker und gezielter angesprochen werden. Wir wollen, dass eine offene, liberale und freie Bürgergesellschaft in einer gestärkten Region entsteht, die den Menschen mehr Chancen bietet, um für die neuen Herausforderungen, vor denen wir in Zukunft stehen, gerüstet zu sein. Arbeiten Sie mit an diesem großen Vorhaben, das eine Chance für uns alle sein wird und unterstützen Sie die Liste Fritz Dinkhauser am 8. Juni mit Ihrer Stimme, Ihr

Fritz Dinkhauser

„Die zentralen Themen sind **gerechte Verteilung**, das **Beenden der Seilschaften** und eine Politik, die den **Menschen in den Mittelpunkt** stellt und nicht die Mächtigen.“

„Mit rund 420 Millionen nicht gebundenem Budgetkapital sollen zum Wohl aller Bürger andere Schwerpunkte gesetzt werden.“

Nicht nur eine Stärkung der Demokratie und des Standortes Tirol, sondern ein offenes Miteinander, bei dem die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger wieder gehört werden müssen, sind uns ein Anliegen. Die Liste Fritz Dinkhauser bekennt sich aus diesem Grund:

- zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung
- zur Auflösung der für das Land ungesunden Seilschaften und zum Kampf gegen den Machtmissbrauch
- zur Garantie, dass kein Eigentum des Landes verkauft wird
- zur sofortigen Bildungsoffensive und Behebung des Bildungsnotstands mit positivem Schul- und Berufsabschluss für jeden
- zur Garantie, dass Wohnen als Grundrecht leistbarer wird – dies bedeutet eine radikale Änderung der Grund-, Wohn- und Wohnbaukosten
- zur Sicherung der Grundversorgung aller Bürger und Bürgerinnen Tirols
- zur Stärkung und Unterstützung der Familien – „Familie muss wieder leistbar sein“, mit kostenlosem Kindergarten- bzw. Hortbesuch, Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Sport- und Kultureinrichtungen
- zur Förderung von Kultur und Tradition
- zu einem umfangreichen Sozialpaket, u.a. mit Chancengleichheit auf allen Ebenen

Mit rund 420 Millionen nicht gebundenem Budgetkapital könnten andere Prioritäten zum Wohl aller gesetzt werden. Eine Neuverteilung bzw. Umverteilung ist deshalb sofort anzustreben. Im Weiteren will die Liste Fritz Dinkhauser folgende Punkte umgesetzt wissen:

- die Stärkung des Landes und die Absage an jegliche Zentralisierungstendenzen des Bundes sowie den weiteren Verlust von Kompetenzen auch im unmittelbaren Bundesbereich
- die Stärkung der Gemeinden
- die Senkung des Strompreises
- die gemeinsame Erstellung eines Tiroler Sozialleitbilds und die verpflichtende Überprüfung aller Gesetze auf ihre Sozialverträglichkeit
- die Neuverteilung der Landesmittel
- die Schaffung neuer, innovativer Pflege- und Sozialmodelle
- die Rückgabe von Grund und Boden der Agrargemeinschaften an die Gemeinden zum Zweck des sozialen Wohnbaus und für öffentliche Einrichtungen, wobei dem Landeskulturfonds neue Aufgaben zukommen sollen
- neue, moderne Pakete mit Lösungen zu Familie, Wohnen, Bildung, Soziales, Energie, Verkehr und Kultur
- die wirtschaftliche Kraft und die Tiroler Klein- und Mittelunternehmen stärken und neue Betriebe in strukturschwachen Regionen ansiedeln

„Wir stehen für alle Menschen offen und sind eine **aktive Bürgerplattform** die auf **Bürgerbeteiligung** setzt.“

„Tirol braucht eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur und kreative Lösungen beim Arbeitskräftemangel.“

„Wir brauchen eine aktive **Betriebsansiedlungspolitik** vor allem in den **strukturschwachen Gebieten.**“

Derzeit ist die Einkommenssituation in Tirol die schlechteste in ganz Österreich. Aus diesem Grund muss das Ziel die Verbesserung der Ertragskraft der Klein- und Mittelbetriebe sein. Eine Entlastungspolitik durch eine verbesserte Energiepolitik sowie eine Ansiedlungsoffensive von innovativen Betrieben im Bereich der Industrie – vor allem im Oberland – werden die Herausforderungen der kommenden Jahre sein, die angegangen werden müssen.

NETZWERKE SCHAFFEN.

Einer offensiven Betriebsansiedlung mit Anreizen wie der Senkung bürokratischer Hürden, steuerlicher Begünstigungen sowie angemessenen Energiekosten muss eine Offensive zur Erweiterung von Betrieben folgen. Entsprechende Wirtschafts- und Betriebsanalysen sollen mit Hilfe des Landes bei Klein- und Mittelunternehmen durchgeführt, Erweiterungsmöglichkeiten und Marktchancen geprüft werden. Außerdem sollen Netzwerke flächendeckend unter den Betrieben geschaffen werden, wodurch die Qualitätsbetriebe gemeinsam nationale und internationale Aufträge durchführen können. Hierfür würde eine EU-Vermarktungsprojekt GmbH nützliche Dienste tun. Dazu gehört das Akquirieren von Aufträgen ebenso wie die Bearbeitung und Vermarktung über ein gemeinsames Netzwerk.

STRUKTURPROBLEME LÖSEN.

Das Kernproblem sind nicht unsere Strukturen in allen möglichen Branchen, sondern der fehlende „faire Wettbewerb“ – uns bringen

Konkurrenten um, die nicht so hohe Steuern, Abgaben, Lohn-, Sozial- und Umweltkosten etc. zu tragen haben. Wir leben so lange in keinem Binnenmarkt, so lange 27 Staaten ihre Steuern und Abgaben nicht auf einem ordentlichen Niveau harmonisiert haben. Die Folgen sind seit Jahren bekannt: Verlust von zahlreichen Produktionsbetrieben aus Tirol („Schenker Outsourcing“) und tirol-, alpen- und europaweit Transitalawinen ohne Ende.

Wichtig ist für den öffentlichen Bereich:

- Bestbieterprinzip mit ordentlichen Kriterien statt Billigbieterprinzip in allen Branchen
- Schluss mit Megaprojekten, die nur öffentliches Steuergeld in Banken, int. Konsortien und dunkle Kanäle verschieben
- Entlastung der Betriebe von hohen Arbeitskosten – Verursacherprinzip im steuerlichen Bereich anwenden (Beispiel Mineralölsteuer: Zweckbindung eines Teils dieser Steuer für das Gesundheitswesen und im Gegenzug Entlastung der Betriebe)
- Nachhaltiges Wirtschaften mit hoher Qualität sichert Vollarbeitsplätze – die Politik kann keine Arbeitsplätze „schaffen“, sie muss sich darauf konzentrieren, die „wettbewerbswidrigen Verhältnisse“ zu beseitigen.
- Förderungen schaffen auch keine Arbeitsplätze, sondern schieben nur Steuergeld von guten Betrieben in schlechte Betriebe – am Ende sind beide schlecht. Am besten sieht man das an den europäischen Strukturförderungen – Betriebe ziehen wie eine Karawane den EG-Förderungen nach. →

GERECHTES TIROL THEMA: WIRTSCHAFT

Um den Wirtschaftsstandort zu sichern, wird eine Reihe von Maßnahmen notwendig sein:

- Schaffung von flächendeckenden Netzwerken zwischen Betrieben
- Verbesserung der Ertragskraft von Klein- und Mittelunternehmen
- Ansiedlungsoffensive von innovativen Betrieben, vor allem im Tiroler Oberland
- Anreize für Betriebsansiedlungen verstärken
- Wirtschafts- und Betriebsanalysen für KMUs mit Hilfe des Landes
- Starthilfen für KMUs oder Förderung von Zusammenschlüssen
- Neues Betriebsansiedlungskonzept für strukturschwache Regionen und Täler
- Verstärkung der Ausbildung und Qualifikation von Mitarbeitern
- Schaffung von mehr Vollarbeitsplätzen, Verbesserung der Umstiegschancen und Abfederung bei Arbeitslosigkeit durch eine Landesarbeitsstiftung
- Unterstützung von Unternehmensgründern
- Schaffung einer EU-Projektbörse

„Kein Tiroler darf **ohne Beschäftigung** bleiben, und es muss **Chancengleichheit** für alle geben.“

- Förderungen schaffen auch keine guten und für junge Menschen sinnvolle Lehrplätze – wir bilden gerne dann aus, wenn auch eine entsprechende Auftragslage und „Arbeit“ vorhanden ist – siehe Vergabegesetz, Bestbieterprinzip, Klein- statt Mega-projekte etc.

KMU UND INDUSTRIE.

Die Liste will versuchen, eine Reduzierung des Lkw-Transitverkehrs zu erreichen, und strebt eine Förderaktion zur Umrüstung von Nahversorger-Lkw an. Statt hoher Investitionen in weitere Transitstrukturen (z.B. BBT, Tschirgant, Ausbau Terminal Wörgl im Sanierungsgebiet) sollen bestehende freie Eisenbahnkapazitäten genutzt werden. Die Politik in Tirol steht vor der zentralen Entscheidung: Will man weiter in internationale Transitstrukturen oder in die eigene Wirtschaft und damit in die eigenen Arbeitsplätze investieren. Darauf geben wir eine Antwort.

STRUKTUR VERBESSERN.

Mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen entfallen noch immer auf den Bereich Tourismus. Im Bezirk Landeck arbeitet bereits jeder zweite Beschäftigte weniger als ein halbes Jahr. Deshalb ist vor allem in diesen tourismusintensiven Regionen die Monostruktur aufzubrechen. Neue Entwicklungsprogramme sowie eine gerechte Wirtschaftsförderung sind anzustreben, ebenso wie ein gemeindeübergreifender Finanzausgleich zwischen Industrie, Tourismus und Gemeinden.

MEHR VOLLARBEITSPLÄTZE.

Der Trend zu mehr atypischen Arbeitsverhältnissen muss gestoppt werden. Die Vergabe von Fördermitteln des Landes soll zwingend an die Schaffung von nachhaltigen Vollarbeitsplätzen gekoppelt sein. Veränderungswillige sollen durch eine Koordinationsstelle betreut werden, die für den Einzelnen neue Perspektiven aufzeigt. Auch Arbeitslosigkeit darf kein Schicksal mehr sein. Unser Ziel ist: Kein Tiroler darf ohne Beschäftigung bleiben. Mit Hilfe von Brücken- bzw. Übergangsarbeitsplätzen zur Überleitung in eine Dauerbeschäftigung kann die sofortige Einbindung in die berufliche Gesellschaft geschafft werden. Auch die Gründung einer Landesarbeitsstiftung kann hier spürbar Abhilfe schaffen. Während bei Konkursen von Großbetrieben meist rasch eine Arbeitsstiftung eingerichtet wird, ist dies bei den vielen Klein- und Mittelbetrieben nicht der Fall: Die Leidtragenden sind jene Menschen, die ihren Arbeitsplatz dort verloren haben und dann kein Auffangnetz für Neuorientierung und Umschulung haben. Hier müssen ebenso gerechte Verhältnisse geschaffen werden.

WESTEN STÄRKEN.

Die Abwanderung vor allem von qualifizierten Arbeitskräften in Richtung Osten wird immer deutlicher. Tirol verliert zunehmend attraktive öffentliche Arbeitsplätze. Durch die Verlagerung von Maturanten- bzw. Akademiker-Arbeitsplätzen aus Tirol haben Junge immer weniger Chancen, Mittel- und Höherqualifizierte wandern ab. So rutscht →

GERECHTES TIROL THEMA: WIRTSCHAFT

Tirol hat nur eine Chance mit einer Politik der Qualifizierung und einer neuen Ausbildungsstruktur, die keinen benachteiligt. Deshalb:

- Chancengleichheit für alle Tirolerinnen und Tiroler, die reale Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleiche Einkommensbedingungen für Mann und Frau
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch laufende Überprüfung und Beurteilung der Einkommensunterschiede
- Einrichtung einer Landesarbeitsstiftung zwischen Land Tirol, AMS, Sozialpartnern und Gemeinden
- Verbesserung der Einkommenssituation für alle Tiroler Arbeitnehmer etwa durch spezielle Kollektivverträge, aber auch durch Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten
- Technische Fächer und Zweige fördern und schon bei Kindern technisches Verständnis wecken und Anreize bieten
- Neue Verwaltungsstrukturen aufbauen, die die Regionen miteinbeziehen
- Verstärkung des Ausbildungsangebots und Förderung der Jugendausbildung

„Tirol darf nicht der
Wurmfortsatz von
Wien werden.“

das Land in die Niedriglohn- und Niedrigqualifikationsspirale. Zentrale Strukturen dürfen nicht länger von Tirol ausgelagert werden. Tirol darf nicht zum Wurmfortsatz von Wien verkommen. Eigenverantwortung und Kompetenzen müssen erhalten bleiben.

Ebenso soll mithilfe eines Strategieplans eine Stärkung der Tiroler Regionen angestrebt werden. Anzudenken ist eine Verlagerung von Einrichtungen und Organisationen von Innsbruck in die Bezirke. Profitieren würden davon jene Beschäftigten, die derzeit pendeln müssen. Dies erfordert eine neue Verwaltungsstruktur, die die Regionen miteinbindet und gleichzeitig eine Reduzierung der Pendler mit sich bringt.

FACHARBEITERPOLITIK.

„Vom Arbeiter zum Facharbeiter, vom Facharbeiter zum Fachhochschüler“, so lautet die Devise. Tirol hat nur Chancen mit offensiver Facharbeiter- und einer Arbeitsmarktpolitik der ständigen Höherqualifizierung. Es braucht eine jährliche Erhebung, die längerfristig sicherstellt, dass für jene Branchen, die Bedarf haben, ausgebildet wird. Ebenso dürfen Karrierepläne von Frauen nicht am Kinderwunsch scheitern. Frauen müssen durch echte Entlastung von der Familienarbeit die Möglichkeit erhalten, auch in qualifizierte Berufe ein- bzw. aufzusteigen. Ebenso muss die technische Ausbildung in Tirol forciert werden. Dazu gehört auch die Einrichtung von technischen Fachhochschulen etwa im Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau. <<

„In Tirol muss Wohnen endlich billiger werden.“

LEISTBARES WOHNEN.

Mietzinsbeihilfe ist in allen Tiroler Gemeinden zu gewähren. Wohn- und Mietzinsbeihilfe gehören vereinheitlicht. Das Wohnungsproblem sollte mit einer zentralen Erfassung aller Wohnungssuchenden besser koordiniert werden. Der soziale Wohnbau ist zu verstärken und die Wohnbauförderung an das niedrige Zinsniveau und an Einkommensgrenzen anzupassen. Die Hortung gewidmeten Baulands nur zum Nutzen der Grundbesitzer und letztlich zu Lasten Wohnungssuchender ist zu unterbinden. Deshalb sind entsprechende Bestimmungen zu schaffen, die eine Baulandmobilisierung bewirken. Geeignete Maßnahmen hierzu hat etwa das Land Oberösterreich gesetzt, wie z.B. vorzeitige Aufschließungsbeiträge und jährliche Erhaltungsbeiträge für Wasser und Kanal im unverbauten Bauland. Allein durch die Rückführung der Flächen, die im Eigentum der Gemeindeguts-Agrargemeinschaften stehen, würde den Gemeinden – und damit den Bürgerinnen und Bürgern – wieder leistbarer Grund zur Verfügung stehen.

WOHNBAUFÖRDERUNG.

Das derzeitige System ist von einer Objekt- hin zu einer Subjektförderung zu ändern. Betriebskosten müssen – auch durch entsprechende Energiesparmaßnahmen – gesenkt werden, wobei sich der Mietpreis auf Grundlage der Energiekosten errechnen muss. Wichtig dabei ist vor allem eine Umstellung der Wohnbauförderung in Richtung Unterstützung von energiesparenden, klimateffizienten Maßnahmen. <<

GERECHTES TIROL THEMA: WOHNEN

Wohnen in Tirol muss wieder leistbar sein. Hier ist eine radikale Änderung nötig. Der soziale Wohnbau ist zu verstärken und die Wohnbauförderung ist laufend an das Zinsniveau anzupassen, ebenso sind die Einkommensgrenzen zu erhöhen:

- Anstelle ständiger Beihilfen muss Grund und Bauen billiger werden
- Grund und Boden dürfen nicht gehortet werden
- Wohnbauförderung muss von einer Objekt- in eine Subjektförderung umgewandelt werden
- Förderung von Energiesparmaßnahmen und Senkung der Betriebskosten durch Förderungsanreize
- Neue Grundlagen für die Befristung von Mieten, Senkung der Kautionen, der Provisionen und Miet-Gebühren
- Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften sollen ihr eigenes, gehortetes Bauland bebauen und die hohen Rücklagen für den sozialen Wohnbau freigeben

„Tirol braucht einen Quantensprung in der Bildung, um den Anschluss nicht zu verpassen.“

„Wir wollen **kostenlose Nachhilfe** für alle Kinder, denn **schulisches Fortkommen darf keine Frage des Familieneinkommens sein.**“

Bildung ist ein wichtiges Gut, das im Mittelpunkt unserer Bestrebungen stehen muss, ein neues Tirol umzusetzen. Aus diesem Grund müssen wir den Mut haben, neue Wege zu gehen und den Menschen wieder Mut machen, zu lehren und zu lernen. Dafür werden wir auch im Landesbudget neue Prioritäten für Aus- und Weiterbildung setzen.

ABSCHLUSS FÜR ALLE.

An die 1000 Jugendlichen jährlich schließen weder eine Schule noch eine Berufsausbildung erfolgreich ab. Hier muss massiv gegengesteuert werden. Wir können in keinem Bereich auf Talente verzichten. Der Hauptschulabschluss muss deshalb im zweiten Bildungsweg zum Nulltarif möglich sein, ebenso wie die Laufbahnberatung und Kompetenzenbilanz, die Aufschluss über Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen geben. Dies soll unter anderem sicherstellen, dass der begonnene Beruf, der oft ohne Kenntnis der Anforderungen gewählt wird, nicht abgebrochen werden muss, wobei auch die Möglichkeiten eines Wechsels während der Lehrzeit und das Modell „zweite bzw. dritte Chance“ umgesetzt werden muss. Kein Tiroler soll ohne positiven Schul- bzw. Berufsabschluss sein.

NACHHILFE KOSTENLOS.

Die Tatsache, dass „Herkunft gleich Zukunft“ ist, muss geändert werden. Chancengleichheit und Gerechtigkeit müssen auch im Bildungsbereich Vorrang haben. Dazu sollen neue Modelle umgesetzt werden, die Leistungsgruppen an den Hauptschulen abgeschafft, technische

und naturwissenschaftliche Fächer verstärkt und angehende Pädagogen im Zuge ihrer Ausbildung zu verpflichtendem, kostenlosem Nachhilfeunterricht herangezogen und so zu wichtigen Förderern und Stützlehrern werden. Bildungsanimatoure und Talentscouts sollen tirolweit ebenso wichtige Bildungsarbeit leisten. Gleichzeitig wird großer Wert auf die Integration von klein auf gelegt: Möglichst früh sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zweisprachig unterrichtet werden.

QUANTENSPRUNG.

Tirol liegt in Bezug auf Bildung unter dem österreichischen Durchschnitt. Deshalb muss sofort mehr investiert werden. Evaluierung der Bildungseinrichtungen, die Schaffung eines Bedarfskonzepts und eines eigenen Budgets sowie eine klare Kompetenzenverteilung vonseiten des Landes sollen dabei helfen. Auch das Erwachsenenbildungs- und Arbeitnehmerförderungsbudget muss deutlich erhöht werden.

LEBENSLANGES LERNEN.

Lebenslanges Lernen soll kein Schlagwort bleiben. Anreize, um dies zu erreichen, müssen geschaffen werden. Finanzierungsmodelle – sprich Ersatzeinkommen – für Berufsausbildung und Weiterbildungen, bei denen kein Gehalt zu erwarten ist, sind umzusetzen, ein Erwachsenenbildungskonzept ist zu erstellen und die berufsbegleitende Weiterbildung zu fördern. Denn Qualifikation und der Kampf um die Talente werden letztlich entscheiden, ob Tirol den Wohlstand, den es erarbeitet hat, auch halten kann. <<

GERECHTES TIROL THEMA: BILDUNG

Jedes Ausbildungsjahr bringt jedem Tiroler sieben Prozent mehr Nettolohn auf Dauer. Wir wollen:

- Kostenlose Nachhilfe in allen Bezirken auf Basis von Bürgerpatenschaften bzw. verpflichtender Praktikas
- Schul- und Berufsabschluss für alle
- Ausbau von Ganztagschulen: flächendeckend Ganztagschulen in allen Schultypen
- Einrichtung einer Eltern-Pädagogen-Plattform: laufende Evaluierung der schulischen Qualität sowie Erarbeitung neuer und innovativer Modelle zwischen Eltern, Schülern und Lehrerinnen und Lehrern
- Abschaffen der Leistungsgruppen an Hauptschulen
- Erstellung eines Bildungsbudgets und klare Kompetenzenverteilung
- Berufsbegleitende Weiterbildung und Ausbau der Berufsausbildung via Fernlehrgängen
- Laufbahnberatung zum Nulltarif
- gerechte Verteilung von Stipendien
- Fördern von Talenten und Fähigkeiten in allen Altersgruppen
- Installierung von Bildungsbeauftragten in allen Gemeinden, als Schnitt- und Kommunikationsstelle für Bildungswillige

„Tirol muss die Grundlagen seines einzigartigen Lebensraums nachhaltig und dauerhaft sichern.“

GERECHTES TIROL THEMA: LEBENSRAUM

Unser Lebensraum muss nachhaltig und dauerhaft gesichert werden, um die Grundlage für die gesamte Bevölkerung und Wirtschaft nicht zu gefährden:

- Eine Müllverbrennung ist nur in Übereinstimmung mit den Bürgern im regionalen Bereich möglich, ansonsten hat sie außerhalb Tirols zu erfolgen
- Die Grundlagen für einen starken Standort im Binnenmarkt sind gesunde Luft, gesundes Wasser, gesunder Boden – diese sind dauerhaft und nachhaltig zu sichern
- Weisungsfreiheit für den Landesumweltanwalt analog zu allen anderen österreichischen Bundesländern
- Entwicklung eines auf die besonderen Bedingungen unseres engen Raums abgestimmten Programms zur Förderung eines neuen, nachhaltigen Lebensstils in Tirol in Bezug auf aktiven Klimaschutz

Tirol, als „Herz der Alpen“ weltweit beworben, muss darauf achten, dass in diesem einzigartigen Lebensraum alle Maßnahmen getroffen werden, um die Grundlagen für unsere gesamte Bevölkerung und Wirtschaft – gesunde Luft, gesundes Wasser und gesunder Boden – nachhaltig und dauerhaft zu sichern. Dazu gehört auch, das Problem des Abfalls intelligent zu lösen – d.h. Müll vermeiden, Müll trennen und Restmüll effizient verwerten. Ebenso ist ein Schwerpunkt auf die Beseitigung des mittlerweile größten „Luftsanierungsgebiets im Binnenmarkt“ (Transitverkehr) zu setzen, um die gesundheitlichen Probleme ebenso hintanzuhalten wie die Erschwernisse bei Betriebsansiedelungen sowie -erweiterungen.

In Sachen Müll ist Tirol österreichweites Schlusslicht und bezahlt als einziges Bundesland Strafbeiträge. Über 100 Millionen Euro werden so wieder auf dem Rücken der Bürger verschleudert. Wir fordern eine Übertragung der gesamten Müllverantwortung an das Land Tirol und die sofortige Schaffung einer Müllstrategie. Fälle wie die Vorkommnisse rund um die Mülldeponie Riederberg müssen restlos aufgeklärt werden, denn Gesundheit und Umwelt dürfen nicht Basis für Geschäftemacherei sein.

LÖSUNG ANBIETEN.

Die lang angekündigte Lösung in der Abfallwirtschaft gehört endlich umgesetzt, die Kompetenz an das Land gezogen. Eine Linie muss vorgegeben werden, die von allen umgesetzt wird, denn bis 1. 1. 2009 muss eine funktionierende Lösung zustande gekommen sein. <<

„Tirol braucht in Energiefragen eine Gesamtstrategie, bei der alternative Energiepolitik eine zentrale Rolle spielt.“

GERECHTES TIROL THEMA: ENERGIE

Das Energiekonzept wird eine zentrale Rolle in der Tiroler Politik spielen. Unsere Themen:

Das Thema Energie ist nicht nur ein entscheidendes Thema für Tirol, sondern wird das Zukunftsthema Europas und der Welt werden. Tirol hat in dieser Beziehung schon allein aufgrund seiner geografischen Beschaffenheit enorme Vorteile, vor allem im Bereich erneuerbare Ressourcen, die die entscheidenden Energieträger der kommenden Jahrzehnte sein werden. Allerdings muss in diesen Fragen auch der behutsame Umgang mit der Natur berücksichtigt werden, die Natürlichkeit des Landes muss erhalten bleiben. Aus diesem Grund vertreten wir eine Politik, bei der in den Ausbau und die Optimierung bestehender Wasserkraftwerke investiert werden soll und Kleinwasserkraftwerke nicht kategorisch verhindert werden sollen.

STROMPREIS SENKEN.

Im Vordergrund der Energiepolitik steht die Einrichtung einer unabhängigen Energieagentur mit entsprechenden nationalen und internationalen Fachleuten und dem Erarbeiten einer Energiesparstrategie für Tirol. Der Gesamtoffensive bei der Unterstützung zum Umstieg auf alternative Energieträger wie Fotovoltaik oder Wärmepumpen hat ein weiterer Plan zur Stromeinsparung zu folgen. Darin sind auch geförderte Maßnahmen als Anreiz zur thermischen Gebäudesanierung oder energiesparendem Bauen vorzusehen. Neben der Verbilligung von Strom und einer Grundentlastung für alle soll ein Strombonus für sozial schwache Personen umgesetzt werden, nach Südtiroler Vorbild sollen Familien – je nach Anzahl der Kinder – Preisabschläge erhalten. <<

- Stromverbilligung für alle, Gesamtentlastung durch Strombonus und Preisabschläge für sozial Schwache oder Familien mit Kindern
- Gesamtoffensive bei alternativer Energiepolitik und Stromsparen – Fördermodelle für Wärmedämmung und Alternativenergien, Mittelfrist- bzw. Langfristprogramm für den landesweiten Ausstieg aus nicht erneuerbarer Energie
- Landesoffensive zum Thema Energiesparen mit einkommensunabhängigen Förderungsmaßnahmen, etwa bei Wärmedämmung oder alternativen Energieträgern
- Durch angemessene Energiekosten Anreize für eine Betriebsansiedlungspolitik schaffen
- Deutliche Anreize zum Umstieg auf alternative Energieträger bieten, wobei das Land Vorbild sein und bei allen öffentlichen Bauten auf alternative Formen setzen soll, dies auch im Sinne des Klimaschutzes
- Nutzen von öffentlichen Bereichen für alternative Energiegewinnung, etwa mittels Fotovoltaik

„Tirol braucht starke Gemeinden, die Bürger brauchen gleiche kommunale Leistungen.“

Die Familie und die Gemeinde sind die wichtigsten Bestandteile des Landes und unserer Demokratie.

STARKE GEMEINDEN.

Die Liste bekennt sich zu einer neuen Kultur des politischen Miteinanders von Gemeinden und Land Tirol. Dabei geht es um objektivierbare Richtlinien in der Frage der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden sowie um einen neuen Ausgleich zwischen den einzelnen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Kommunen. Ziel ist eine einheitliche Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes, gleich in welcher Gemeinde sie beheimatet sind. Vor allem im Bereich des Wohnens, der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Gebühren und Tarife, der Öffnungszeiten und der Schließtage bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, der gerechten medizinischen Grundversorgung sowie der Sicherung der Pflegequalität. Auch zur Sicherung der Nahversorgung will die Liste eine flächendeckende Lösung für alle Gemeinden anstreben. Jede Genehmigung für einen Großmarkt soll an die Auflage gebunden sein, in der betreffenden Region die Nahversorgung in den kleinen Ortschaften durch Ausgleichszahlungen zu sichern bzw. selbst durch Filialen abzudecken.

STARKE REGIONEN.

Als Antwort auf die Zentralisierungstendenzen auf EU-Ebene sowie auf Bundesebene will die Liste eine Verlagerung wichtiger

Verwaltungseinheiten im Land Tirol auf die Bezirke schrittweise in Angriff nehmen. Dabei geht es insbesondere um eine Stärkung der Regionen und Gemeinden, wodurch eine Berufs- und Einkommensverbesserung in den Bezirken initiiert werden kann. Jeder Bezirk sollte schwerpunktmäßig ein Geschäftsfeld zugeteilt bekommen, um das sich dann wichtige Leitbetriebe sammeln könnten.

STARKE BÜRGER.

Die Bürger sollen durch den Ausbau der direkten Demokratie stärker in Entscheidungsfindungen eingebunden werden. Die Ergebnisse von Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen sollen bindend sein für wichtige kommunale Entscheidungen. Bei Einbindung von freiwilliger Arbeitsleistung durch Gemeindeglieder sollen kommunale Projekte vom Land überdurchschnittlich stärker gefördert werden.

STARKE VERSORGUNG.

Jeder Tiroler Gemeinde ihr Nahversorger-, Kommunikations- und Sozialzentrum anstelle der schleichenden wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verödung – inklusive Festlegung von Mindeststandards für kommunale Leistungen (Wasser, Müll, Kinderbetreuung, Ausbildung, ÖPNV etc.).

Strenge Kontrolle bei Errichtung von Gewerbeparks etc. durch Entzug von Förderungen, solange Betriebe und Arbeitsplätze nur mit Dumpingangeboten von Umlandgemeinden herumgeschoben werden. <<

GERECHTES TIROL THEMA: GEMEINDEN

Die Gemeinden müssen gestärkt werden, weil sie als kleinste politische Einheit die wichtigste Vermittlerrolle innehaben. Die Zuweisungen vom Land müssen nachvollziehbar und öffentlich gemacht werden:

- Gleicher Zugang aller Bürger zu kommunalen Leistungen – auch hier geht es um Gerechtigkeit
- Finanzielle Anreize zum Ausbau der Freiwilligenarbeit auf Gemeindeebene für gemeinsame Projekte
- Einheitliche Richtlinien für Gemeindegeldzuwendungen durch das Land
- Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden
- Neue Modelle der Bürgerbeteiligung
- Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen sind verpflichtende Willensäußerungen der Bürger

„Die Bürger sollen durch den Ausbau der direkten **Demokratie** stärker bei Entscheidungen **miteinbezogen** werden.“

„Wir brauchen eine Gesamtlösung beim öffentlichen Verkehr und eine radikale Senkung der Nahverkehrspreise.“

„Die Tarife der **öffentlichen Verkehrsmittel** sollen **schrittweise gesenkt** werden, wobei öffentliche Verkehrsmittel für Kinder und Jugendliche **kostenlos** sein sollen.“

Die einzigartige Topografie des Landes mit einem nur zu elf Prozent besiedel- und bewirtschaftbaren Raum (wobei nahezu die Hälfte davon bereits als versiegelt zu bewerten ist) braucht keinen weiteren Aus- bzw. Neubau von sündteuren Transitstrukturen. Die Herausforderung lautet vielmehr, die notwendige Mobilität sowohl des inneralpinen als auch des alpenquerenden Verkehrs auf den bestehenden Verkehrswegen (Straße/Schiene) bestmöglich effizient abzuwickeln. Die Liste setzt auf einen mittel- und langfristigen Umstieg beim Öffentlichen Personen- und Nahverkehr (ÖPNV). Das ist zudem die wichtigste Eigenleistung von uns allen zur Schadstoffentlastung des Tiroler Zentralraums und kann nicht hoch genug gefördert werden, wenn man sieht, wie leicht und locker öffentliche Gelder in die BBT-Fata-Morgana fließen.

TRANSITFRAGE.

Um aus den jahrelangen Konflikten zwischen verschiedensten Verkehrsanbietern zulasten der Kunden herauszukommen, wird unsere Gruppe Lösungen und Maßnahmen ausarbeiten, die einerseits der eigenen Bevölkerung – Berufspendler, Schüler etc. – sowie andererseits auch den Touristen „neue Wege“ in Tirol als auch „nach Tirol“ eröffnen, die weder Staus noch zu hohe Lärm- und Schadstoffbelastungen verursachen.

Sämtlichen Wünschen nach milliardenschweren neuen Transitstrukturen steht die Gruppe sehr kritisch gegenüber, da Tirol in allen Fragen des alpenquerenden Verkehrs

(Personen/Güter) seine Transitfunktion längst mehr als erfüllt (mehr als zwei Millionen Transit-LKW nur über den Brenner, während über vier Schweizer Alpenübergänge nur mehr rund 1,1 Millionen Transit-Lkw rollen). Daher wird sich die Gruppe dafür engagieren, den LKW-Transit durch unser Land zu halbieren (Nutzen der freien Eisenbahnkapazitäten durch entsprechende nationale und internationale verkehrspolitische Rahmenbedingungen sowie Verdrängung des Umwegtransits nach dem Prinzip des „kürzesten Wegs“ statt des „billigsten Wegs“ über den Brenner).

BASISTUNNEL.

Solange bspw. die Betreiber des Projekts Brennerbasistunnel selbst nach Inbetriebnahme nur eine „Verlangsamung des Straßengüterzuwachses“ erwarten bzw. erhoffen (EU-Koordinator Karel van Miert) und die Mitgliedsstaaten sowie die EU-Kommission nach wie vor auf ihrem längst überholten Dogma des „Freien Güterverkehrs auf der Straße“ und damit auf einem weiteren Anwachsen der Transitlawine beharren, erübrigt sich jede Diskussion um eine Beteiligung des österreichischen Steuerzahlers. Diese Bedenken hat im Übrigen auch der österreichische Rechnungshof jüngst vollinhaltlich bestätigt.

KEINE GROSSPROJEKTE.

Die Topografie des Landes erfordert keine Forcierung von Großprojekten, sondern den Ausbau des Nahverkehrs. Gerade in diesem Bereich hat Tirol die höchsten Tarifkosten →

GERECHTES TIROL

THEMA: VERKEHR

Die Liste bekennt sich zu einem Zusammenführen sämtlicher vorhandener Strukturen mit dem Ziel der effizienten Nutzung sowie einer starken Reduktion und Vereinfachung sämtlicher Tarife. Dort, wo es notwendig ist, sollen Strukturen nach dem Prinzip der Kundenfreundlichkeit und durch ein effizientes Monitoring der Strecken laufend verbessert werden. Die Anbindung des Nahverkehrs (ÖPNV) hat in alle Gemeinden zu erfolgen und soll vom Taxi bis hin zur Inntalbahn reichen.

- Neuordnung des ÖPNV hin zu einem flächendeckenden, kostengünstigen und attraktiven Verkehrsverbund für heimische Bevölkerung und Touristen
- Anbindung aller Tiroler Gemeinden durch Nutzen bestehender Strukturen im privaten Bereich bis hin zu den öffentlichen Anbietern
- Abkehr von milliardenteuren zusätzlichen Transitstrukturen, die der Bevölkerung und Wirtschaft als „immerwährende öffentliche Zuschussbetriebe“ langfristig nur Steuergelder entziehen, die für alle anderen wichtigen Bereiche fehlen

Österreichs. Der Verkehrsverbund muss aus diesem Grund billiger werden, der Nahverkehr muss von der Straße vermehrt auf die Schiene verlegt werden, wobei Anreize zu schaffen sind. Das Nahverkehrsnetz muss ausgebaut und bessere, schnellere und bequemere Verbindungen müssen geschaffen werden.

ZUM NULLTARIF.

Die Liste schlägt die schrittweise Einführung des Nulltarifs bei öffentlichen Verkehrsmitteln im Bundesland Tirol für bestimmte Gruppen vor. Dabei sollen insbesondere Kinder und Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr die Möglichkeit der Freifahrt haben. Ziel ist es, junge Menschen zum richtigen Umgang mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erziehen, wodurch im späteren Leben, wie Beispiele in anderen Ländern zeigen, die Fixierung auf den Pkw reduziert wird.

In einem weiteren Schritt schlägt die Liste vor, die Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen (Bezieher von Mindesteinkommen, Mindestrentner, Notstandshilfebezieher, Alleinerzieher und Arbeitsuchende) schrittweise zu senken bzw. einen Sozialtarif einzuführen. Außerdem soll nach dem Beispiel anderer Bundesländer durch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur eine Tirol-Netzkarte zu einem überaus günstigen Preis angeboten werden. Gedacht als ein echtes Signal zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr. In Zeiten explodierender Treibstoffkosten eine wirksame Hilfe zur

finanziellen Entlastung für Familien und Pendler und der beste Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität im Inntal.

VERKEHRSKONZEPT.

Die Liste wird ein neues Nahverkehrskonzept für Tirol erstellen, mit dem Ziel, alle öffentlichen Verkehrsträger zu integrieren. Die Versorgungssicherheit für die mehr als 200.000 Tiroler Pendler soll durch ein flächendeckendes, zeitgemäßes und kostengünstiges Angebot gewährleistet werden. Das verlangt den massiven Ausbau des Schienennetzes Ost-West und Nord-Süd zur Einrichtung einer Schnellbahn für ganz Tirol und die Modernisierung und Attraktivierung bestehender Linien. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Tiroler Nahverkehrsgesellschaft mit getakteten und aufeinander abgestimmten Fahrplänen sowie einheitlichen und transparenten Tarifen.

NEIN ZUM TUNNELBAU.

Die Liste Dinkhauser wird jegliche Beteiligungen oder finanziellen Vorleistungen an möglichen künftigen europäischen Eisenbahnprojekten wie dem Brennerbasistunnel sofort beenden. Jede weitere Planung ist zu stoppen, solange nicht vonseiten der EU sowie vonseiten des Bundes eindeutige Verträge über Transitobergrenzen auf Tirols Autobahnen sowie die Verlagerung der Güter- und Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene abgeschlossen werden. Jeglicher Ausbau überregionaler Infrastrukturen zieht sonst nur noch weiteren Verkehr an. <<

GERECHTES TIROL

THEMA: VERKEHR

Die Liste bekennt sich zu einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und zu einer deutlichen Entlastung bei den Tarifen. Statt in Tunnelprojekte sollen die Mittel in moderne öffentliche Verkehrsmittel zu günstigen Tarifen investiert werden. Jede Gemeinde hat ein Anrecht auf Anbindung an den öffentlichen Verkehr:

- Nein zum Tunnelbau – stattdessen Umschichtung der Mittel hin zum öffentlichen Verkehr
- Der Tiroler Personenverkehr soll neu geordnet und organisiert werden
- Schaffung der Infrastruktur zur radikalen Senkung der Nahverkehrstarife
- Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Verkehrsmitteln
- Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in Tirol
- Jede Gemeinde und jeder Bürger hat ein Anrecht auf beste Anbindung beim öffentlichen Verkehr
- Einführung eines echten Verkehrsverbunds mit einer Vertaktung aller Verkehrsträger nach Vorbild der Schweiz

„Statt in Tunnelprojekte soll in **moderne öffentliche Verkehrsmittel** zu **günstigsten Tarifen** investiert werden.“

„Tirol braucht auch in der Sozialpolitik eine Wende hin zu einer offenen Bürgergesellschaft.“

„Der Besuch von **Kindergärten und Krabbelstuben** muss tirolweit **kostenlos** sein.“

POLITIK FÜR FRAUEN.

Obwohl erwerbstätige Frauen aus dem Berufsleben nicht mehr wegzudenken sind, arbeitet ein Großteil der hochqualifizierten Frauen unterqualifiziert, die Chancengleichheit fehlt, was sich auch in einem geringeren Verdienst niederschlägt. Hier muss radikal gegengesteuert werden, indem Frauen und vor allem Frauen mit Kindern bzw. Familien unter die Arme gegriffen wird. Vor allem durch verstärkte Unterstützung im Bereich Kinderbetreuung und Elterninitiativen sowie durch kostenlose Kindergärten und Krabbelstuben.

KINDERBETREUUNG.

Nicht in jeder Gemeinde ist Ganztagsbetreuung für alle Altersgruppen möglich. Deshalb sind neue Modelle zu entwickeln, etwa durch regionale Kinderbetreuungsnetzwerke. Ganztagskinderbetreuung und Ganztagschulmodelle müssen in Tirol vorangetrieben werden. Dazu gehören auch sozialverträgliche und einheitliche Tarife und Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die gezielte Förderung und Bildung für unseren Nachwuchs beginnt in der Krabbelstube und im Kindergarten, nicht erst in der Volksschule. Deshalb muss der Besuch dieser vorschulischen Einrichtungen kostenlos angeboten werden. Freie Sprengelwahl: Arbeits- und Wohnort sind nicht immer gleich, deshalb muss eine freie Kindergarten- und Schulwahl über die Sprengelgrenzen hinaus ermöglicht werden. Ebenso soll der privaten Betreuung von Kindergruppen wesentlich mehr Unterstützung zukommen als bisher.

PFLEGE.

Pflege und Krankheit dürfen nicht mehr unterschiedlich bewertet werden. Leistungen der Krankenversicherungen gehören auf ein einheitliches österreichisches Niveau. Im Rahmen einer Zusammenlegung aller Krankenversicherungs-Träger in Tirol sollten Krankheit, Pflege und Behinderung als Krankenversicherungsleistung zusammengeführt werden.

Zur Sicherstellung von genügend Pflegepersonal muss die Umschulung in diesem Bereich erleichtert werden. Außerdem muss die Qualität der Pflegeeinrichtungen in Tirol zertifiziert und evaluiert sowie der Ausbau der ambulanten Pflege vorangetrieben werden.

SOZIALSPRENGEL IM FOKUS.

Die Sozialsprengel sollen einheitliche Qualitäts- und Pflegestandards in allen Gemeinden anbieten. Unter dem Motto „Daheim statt im Heim“ sind die Sprengel in ihren Kompetenzen aufzuwerten und entsprechend finanziell zu dotieren. Die Sozialsprengel sollen Drehscheibe für ambulante und stationäre Pflege sowie Arzt und Spital werden. Die Pflegekosten dürfen nicht zur Vermögensfalle für die Hinterbliebenen werden. Zur Sicherung der Finanzierbarkeit der Pflegequalität schlägt die Liste die Einrichtung einer solidarischen Pflegeversicherung über die soziale Krankenversicherung vor.

KAMPF DER ARMUT.

Der Ausbau der bewährten Sozialmarktideen soll in allen Bezirken vorangetrieben werden. Ebenso sollen die Erhöhung des Heizkos- →

GERECHTES TIROL THEMA: SOZIALES

Die Liste Fritz Dinkhauser wird im Bereich Soziales zahlreiche Vorhaben umsetzen:

- Ständiges Preismonitoring bei Lebensmitteln
- Ausbau der bewährten Sozialmarktidee in den Bezirken
- Sozialtarife beim öffentlichen Verkehr für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher und Alleinerzieher
- Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Bereich für Menschen mit Behinderung
- Aufbau eines zivilen Netzwerks zur gegenseitigen Unterstützung
- Schaffung eines Bürgerbüros im Landhaus und Servicebüros in allen Bezirkshauptmannschaften

„Es muss mehr Geld in die Bildung unserer Kinder investiert werden.“

tenzuschusses des Landes nach Vorarlberger Muster, Sozialtarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher oder Alleinerzieher umgesetzt werden. Der Tiroler Familienpass soll zur Tiroler Familienkarte umgestaltet und das Leistungsangebot erweitert werden. Dieses soll sowohl von Einzelpersonen als auch Familien in Anspruch genommen werden können.

KINDER & JUGEND.

Kinder haben Rechte, daran zweifelt heute niemand mehr. Aber die Interessen von Kindern und Jugendlichen spielen immer noch eine untergeordnete Rolle. Bei Entscheidungen in Politik und Verwaltung werden ihre Stimmen kaum gehört.

Die Liste bekennt sich zu einer gesetzlichen Verankerung der Kinderrechte als Grundrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention und unterstützt alle diesbezüglichen Bemühungen:

- damit Kinder als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt werden
- damit die Förderung und der Schutz der Kinder verbessert werden
- damit Kinder gehört und beteiligt werden, wenn es um ihre Belange geht
- damit der Staat und die Gesellschaft das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellt
- damit Kinderrechte nicht nur mit einem Erfüllungsvorbehalt versehen sind, sondern auch bei Gericht einklagbar sind

Wenn Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind, dann sind alle Anstrengungen von Landesseite her zu unternehmen, um ihnen Tirol als ihren Lebensraum für die Zukunft zu erhalten und der künftigen Generation damit auch die Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten.

Ob auf EU-, Bundes- oder Landesebene: Es muss endlich mehr Geld in die Bildung unserer Kinder investiert werden. Die Liste bekennt sich zur Chancengleichheit von klein auf. Dazu gehören neben dem freien Zugang zur vorschulischen Ausbildung auch die Durchlässigkeit und Öffnung des Schulsystems.

CHANCENGLEICHHEIT.

Ebenso gilt dies für den Bereich der musischen, kreativen, sozialen und sportlichen Ausbildungen. Die Liste Dinkhauser will den freien Zugang für alle Kinder und Jugendlichen, um möglichst viele junge Menschen bestmöglich zu fördern.

„Fordern und fördern“ – unter diesem Motto verlangt die Liste auch eine generelle Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in allen Schultypen. Kein Jugendlicher darf ohne Schul- oder Berufsabschluss bleiben. In diesem Sinne sind auch weiterführende Bildungsangebote für junge Menschen zu erstellen. Eine weitere wichtige Maßnahme ist der kostenlose Nachhilfeunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, egal in welchem Schultyp. Um jungen Menschen von klein auf den öffentlichen Verkehr schmackhaft zu machen, sollen Kinder und Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr die Tiroler Verkehrslinien kostenlos benutzen dürfen. <<

GERECHTES TIROL

THEMA: FAMILIE

Die Liste Fritz Dinkhauser will zum Thema Kinder, Jugend und Familie folgende Vorhaben umsetzen:

- Besuch der Kindergärten und Krabbelstuben kostenlos
- Kostenloser Zugang zu allen öffentlichen Sporteinrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Musikschulbesuch und Sportvereinsaktivitäten für Kinder und Jugendliche zum Nulltarif
- Schulische Integration für Kinder mit Behinderungen
- Senkung der Klassenschülerzahlen zur deutlichen Verbesserung der Qualität des Unterrichts und gleichzeitig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Junglehrern

„Tirol braucht einen Modernitätsschub und Menschen, die den Mut haben, erstarrte Strukturen aufzubrechen.“

„Die **klugen** und **innovativen** Köpfe sollen zum **Wohle** des Landes gehört werden.“

Die Liste Fritz Dinkhauser will den Bürgern wieder Gehör im Land verschaffen. Sie stellt den Menschen – gleich welcher Herkunft – in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und setzt sich daher für eine politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung in Tirol ein. Basierend auf den Zielen der öko-sozialen Marktwirtschaft soll das Miteinander aller Gruppe im Land gefördert werden, der Einzelne aktiviert werden und Chancengleichheit gelten. Die Liste Fritz Dinkhauser vertritt eine neue Tiroler Bürger-Gemeinschaft, will Ungerechtigkeiten beseitigen und dem Land zu einem Modernisierungsschub verhelfen.

WEISENRAT & IDEENBÖRSE.

Die Liste schlägt die Einrichtung eines ständigen Weisenrats im Rahmen eines Zukunftskonvents vor, mit unabhängigen Experten, Vertretern aller Körperschaften, Einrichtungen, Institutionen und wichtigen Vereinen. Ziel ist, die Fülle der geistigen und wissenschaftlichen Potenziale aus allen Arbeits- und Lebensbereichen zum Nutzen des Landes zu vernetzen. Dazu gehört auch die Einbindung von Senioren, die über eine reiche Berufserfahrung und hohes Expertenwissen verfügen.

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes sollten durch Schaffung einer Tiroler Ideenbörse stärker in die wirtschaftliche Zukunftsverantwortung eingebunden werden. Schulen, Universitäten, Betriebe, Hausfrauen, Junge, Alte und vor allem Arbeitnehmer sind das kreative Potenzial Tirols. Durch Einrichtung einer Ideenbörse mit Land und Sozialpartnern könnte dieses Potenzial besser ausgeschöpft werden.

WISSENSOFFENSIVE.

Tirol muss zum Bildungs- und Wissenschaftsland Nummer eins werden. Ein attraktiver, innovativer und dynamischer Wirtschaftsstandort ist nur durch beste Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu erreichen. Die Liste will Bildungsbarrieren abbauen und gleiche Zugangschancen für alle Bürger ermöglichen. Ziel ist, beste Weiterbildung zu günstigsten Preisen in allen Regionen anbieten zu können.

LANDTAG STÄRKEN.

Der Landtag selbst muss seiner Aufgabe der Kontrolle der Landesregierung stärker gerecht werden. Dazu wird auch eine Änderung der Landtagsordnung angeregt. Die Liste spricht sich auch für eine Berichtspflicht an den Landtag durch die Tiroler Abgeordneten zum EU-Parlament sowie der Abgeordneten zum National- und Bundesrat aus. Durch diese Vernetzung der Parlamentarier können regionalpolitisch relevante Fragen und Entscheidungen der einzelnen Parlamente transparenter und besser koordiniert gelöst werden.

PROFIL ENTWICKELN.

Tirol muss im Konkurrenzkampf der Regionen seine Stärken und Kompetenzen ausspielen. Aus diesen Stärken muss ein neues Profil entwickelt werden. Als Antwort auf Billiglohnländer könnte Tirol so mit Speziellem und Besonderem punkten. Daraus würde eine unnachahmliche Marke Tirol entstehen. <<

GERECHTES TIROL THEMA: ZUKUNFT TIROL

Vor allem muss die Gerechtigkeit wiederhergestellt und die Ungleichbehandlung beendet werden. Es soll eine offene und freie Gesellschaft entstehen. Wir wollen keine Diktatur von oben, sondern eine Demokratie, die von der Basis ausgeht:

- Volksbefragungen bzw. Volksabstimmungen in Gemeinden oder auf Landesebene müssen verbindlich sein
- Einrichtung eines ständigen Weisenrats für die Entwicklung des Landes und der Gemeinden
- Aufwertung der Gemeinden und ihrer Wichtigkeit als Drehscheibe für den Bürger
- Einheitliche Richtlinien für Mittelzuwendungen an die Gemeinden
- Neue Formen des Ausgleichs zwischen armen und reichen Kommunen
- Bürgerpolitik statt Parteipolitik hat zur Folge, dass der Landtag gestärkt werden muss

„Tirol muss ein Land ohne Machtbauern werden, in dem alle wieder gleich behandelt werden.“

„Die **wirklichen Bauern** im Land sollen aus ihren zahlreichen **Vormundschaften entlassen** werden.“

Der Bauernstand ist unersetzlich für Tirol. Allerdings hat sich in den letzten Jahren ein Stand von Machtbauern gebildet, der den gesamten Bauernstand in Verruf bringt. Die Bauern wurden zu Knechten der Macht- bzw. Nichtbauern gemacht. Diese Abhängigkeiten müssen beendet und der wahre Bauernstand und seine Kleinstrukturen forciert werden. Ebenso braucht es mehr Transparenz und eine Entflechtung von Bauernbund, Interessenvertretungen, Landespolitik und Landesverwaltung.

BAUERNSTAND STÄRKEN.

Die wirklichen Bauern im Land sollen, egal ob Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbauern, gefördert werden und aus der Vormundschaft von Genossenschaften, Gesetzgebung, Politik und Verwaltung entlassen werden. In vielen bäuerlichen Gemeinden haben die echten Bauern zu wenig zu sagen, Nichtbauern bestimmen über Bauern. Die Beseitigung von heute nicht mehr vertretbarer Bürokratie und mehr Transparenz in der Bauernpolitik würde eine Art Bauernbefreiung zur Folge haben, die schon lange Zeit überfällig ist. Die Liste Fritz Dinkhauser bekennt sich auch zu den Tiroler Bauern als erstklassige Produzenten hochwertiger Lebens- und Nahrungsmittel und wird alle Maßnahmen unterstützen und tragen, damit der Großteil dieser Produkte zu einem fairen Preis im Land selbst verkauft werden kann. Weitere Konzepte für den Bauernstand sollen mit-helfen, Tirol als Natur- und Naturkostland weiter zu positionieren und die Bauern zu

stärken, die zu Versorgungsverantwortlichen des Landes werden müssen, etwa in Form von Zulieferern öffentlicher Einrichtungen. Es braucht wieder mehr Bauern und weniger Funktionäre in unserem Land und eine gemeinsame, offene Zusammenarbeit, die den wahren Bauernstand nicht schwächen, sondern ihn aus all seinen Abhängigkeiten befreien soll.

UNRECHT BEENDEN.

Die Liste Fritz Dinkhauser fordert eine Offenlegung der Verhältnisse in den Gemeindeguts-Agrargemeinschaften und mehr Transparenz, ebenso wie die Rückführung des Gemeindeguts in das Eigentum der Gemeinden und die Schaffung der dazu notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen. Die Geschäfte des Landeskulturfonds sind zu hinterfragen und es ist sicherzustellen, dass im Sinne der Chancengleichheit das Geld zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger verwendet wird. Der Anteilerwerb an Agrargemeinschaften muss allen Bürgern – nicht nur der Landwirtschaft – offenstehen. Ewbenso sollen die Mittel des Landeskulturfonds nicht nur auf landwirtschaftliche Belange beschränkt werden, denn der Landeskulturfonds darf nicht als eigenes Immobilienbüro mit öffentlichem Steuergeld fungieren. Auch die Besetzung der Entscheidungsträger im Landeskulturfonds hat paritätisch zu erfolgen. Als Förderungseinrichtung des Landes sind dem Landeskulturfonds neue Inhalte im Landesinteresse und zum Wohle aller zu geben. <<

GERECHTES TIROL THEMA: LANDWIRTSCHAFT

Die Machtbauern und ihre Geschäfte mit Agrargemeinschaften oder Landeskulturfonds gehören unterbunden. Ferner will die Liste Fritz Dinkhauser:

- Die Förderungen zielgerechter in Bezug auf gesunde Produktion und Erhalt des Erholungs- und Kulturrums einsetzen
- Wesentlich dazu beitragen, dass Tiroler Produkte im eigenen Land verarbeitet und vermarktet werden
- Wesentlich dazu beitragen, dass unnötige Bürokratie und wettbewerbswidrige Auflagen abgebaut werden
- Abbau der Agrarbürokratie
- Organisation und Aufgaben des Landeskulturfonds sind grundlegend zu ändern

Vertrag mit den Tiroler Bürgerinnen und Bürgern

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit allen seinen täglichen Sorgen und Problemen. Wir wollen seinen Anliegen Gehör verschaffen. Dazu gehört auch eine Neuorientierung beim Einsatz der öffentlichen Gelder. Rund 420 Millionen Euro nicht gebundenes Budgetkapital sollen zum Wohl der Bürger eingesetzt werden.

Wie soll das finanziert werden?

Tirol ist ein reiches Land, aber die Mittel werden allzu oft falsch eingesetzt. Statt auf die Bürger zu setzen wurde in Megaprojekten investiert oder einzelne Bevölkerungsgruppen oft einseitig bevorzugt. Die Liste will eine völlige Neuorientierung in der Landespolitik erreichen: Das Leben in Tirol muss deutlich billiger werden, besonders für die Familien.

Die Liste Fritz Dinkhauser – Bürgerforum Tirol wird einen Vertrag mit den Tiroler Bürgerinnen und Bürgern abschließen und will folgende Maßnahmen zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Gruppen im Land umsetzen.

Konkret bedeutet dies:

NEUE GERECHTIGKEIT.

Die Gerechtigkeit muss in unserem Land wiederhergestellt werden, die Ungleichbehandlung aufhören. Anstand und Geradlinigkeit sollen wieder die Politik und das Miteinander im Land prägen. Alles Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung sollen verstärkt werden. <<

ERSCHWINGLICHES WOHNEN.

Die Garantie, dass Wohnen als Grundrecht wieder leistbar wird. Das bedeutet eine radikale Änderung bei den Wohn- und Wohnbaukosten. Rückführung des Gemeindeguts der Agrargemeinschaften in das Eigentum der Gemeinden. <<

MEHR SPIELRAUM FÜR FAMILIEN.

Mit kostenlosem Kindergarten- bzw. Hortbesuch für alle Kinder. Chancengleichheit im Bildungssystem durch Ausbau von ganztägigen Schulformen. Fordern und Fördern durch neue Gesamtschulmodelle, Integration von Klein- auf und kostenlose Nachhilfe. <<

ZUKUNFT FÜR TIROLS JUGEND.

Verankerung von Kinderrechten, Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in allen Schultypen, Nulltarif für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Musikschul-, Sport- und Kultureinrichtungen. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sollen kostenlos mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können. <<

ENERGIESPAROFFENSIVE.

Szenarien für einen Ausstieg aus nicht erneuerbarer Energie. Rascher Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu günstigen Tarifen. Stromverbilligung durch Preisabschläge für Familien oder sozial Schwächere. Massive Förderung für sämtliche Formen alternativer Energieträger sowie zur CO₂-Reduktion durch Wärmedämmung bzw. Haussanierungen. <<

SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE.

Ständige Preisüberwachung bei den wichtigsten Lebensmitteln. Aufwertung der Sozialsprengel zur Drehscheibe bei Pflege und Krankheit. Kampf gegen die drohende Armut. Sozialtarife beim öffentlichen Verkehr für Mindestrentner, Notstandshilfebezieher und Arbeitsuchende oder Alleinerziehende. Ausbau der bewährten Sozialmärkte in allen Bezirken. Erhöhung des Heizkostenzuschusses und Erweiterung auf weitere bedürftige Bevölkerungsgruppen. Ausbau des Tiroler Familienpasses zur Familienkarte mit breitem Leistungsspektrum <<

